

Schwerpunkt Rechtsstaatlichkeit

In dieser Ausgabe stellen wir das vom BMZ finanzierte Rechtsstaatlichkeitsprogramm vor. Teil dieses Programmes ist ein besonderes Projekt der juristischen Fachkräfte vor Ort, das so genannte „Community Policing“, welches das Verhältnis zwischen Polizei und Gesellschaft verbessern soll. Außerdem beleuchtet ein kleiner Artikel das Verhältnis von Islam und Rechtsprechung.

In der nördlichen Provinz Badakhshan haben drei Programme des BMZ mit vereinten Kräften dafür gesorgt, dass für Tausende von Menschen jetzt bessere Lebens- und Einkommensbedingungen herrschen. Es wurde nicht nur eine umfassende Stromversorgung geschaffen - einhergehend mit entsprechenden Schulungen für die Einwohner, die begünstigten Gemeinden sind nun auch durch den Bau einer Landstraße besser erreichbar, was den örtlichen Unternehmen zusätzlich zugute kommt.

Weiterhin widmet sich ein großer Artikel dem Schicksal misshandelter Frauen sowie einem Projekt, das deren Behandlung im Krankenhaus enorm verbessern konnte.



EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs mit Präsident Hamid Karzai und Dirk Niebel (von links). Foto: Köhler/photothek

Enge Abstimmung innerhalb der EU zum Wiederaufbau

Bundesentwicklungsminister besuchte erneut Afghanistan

Gemeinsam mit EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs hat Entwicklungsminister Dirk Niebel vom 19. bis 20. Juni zum fünften Mal Afghanistan besucht. Im Mittelpunkt der Reise standen Gespräche mit der afghanischen Zivilgesellschaft, Gebervetretern, dem afghanischen Finanzminister Dr. Omar Zakhilwal und Staatspräsident Hamid Karzai, ein Gespräch mit ISAF und den Vertretern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Auswärtigen Amtes und des Bundesinnenministeriums in Mazar-e Sharif sowie Projektbesuche in Kabul und Balkh. Die gemeinsame Reise von Minister Niebel und Kommissar Piebalgs unterstreicht die enge Abstimmung innerhalb der Europäischen Union zu ihrem Engagement für Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan. Weitere Teilnehmer der Reise waren MdB Johannes Vogel sowie UNICEF-Sonderbotschafterin Sabine Christiansen. Während des Treffens mit Präsident Karzai erörterten Minister Niebel und Kommissar Piebalgs insbesondere die Bedeutung des Privatsektors für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans und die Vorbereitung der Internationalen Afghanistan-Konferenz in Bonn im Dezember 2011. Im Gespräch mit Finanzminister Zakhil-

wal konnte Minister Niebel die Freigabe der im Februar 2011 zugesagten ersten Tranche der diesjährigen Mittel des BMZ für Afghanistan verkünden, nachdem die afghanische Seite die entsprechenden Voraussetzungen (Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung, Entzollung und Zulassung sondergeschützter Fahrzeuge für die deutschen Durchführungsorganisationen) erfüllt hatte.

Auch die aktuelle Diskussion über ein neues IWF-Kreditprogramm für Afghanistan war Thema. In die Vorbereitung und Durchführung der Afghanistan-Konferenz im Dezember sollen zivilgesellschaftliche Kräfte intensiv eingebunden werden. Minister Niebel betonte während eines Treffens mit Vertreterinnen und Vertretern afghanischer Nichtregierungsorganisationen die Bedeutung der positiven Entwicklung im Bereich der Menschen- und Frauenrechte in den vergangenen Jahren. Nun gelte es sicherzustellen, dass jene Rechte und bürgerlichen Freiheiten im Rahmen der politischen Aussöhnung mit radikalen Kräften nicht aufgeweicht werden. Besuche eines veterinärmedizinischen Labors und einer Mädchenschule in Kabul sowie von Projekten zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Energieversorgung in Balkh rundeten den Besuch ab.

Die Zusammenarbeit mit Polizei und Bevölkerung führt zu Gewaltrückgang

Bereits 73 Prozent der Bevölkerung sind mit der Arbeit der Polizei zufrieden

Frieden und Gerechtigkeit – nach mehr als 30 Jahren Krieg und Zerstörung ist der Wunsch der afghanischen Bevölkerung nach Sicherheit immens groß. Nach der jüngsten Umfrage der nicht-staatlichen Organisation *International Crisis Group* bezweifeln jedoch 61 Prozent der befragten Afghanen, dass ihr Staat in der Lage sei, nach 2014 die volle Sicherheitsverantwortung zu übernehmen. Während es im Justizsektor vielerorts noch an Wissen um Gesetzestexte und Anwendung der Verfassung fehlt, mangelt es innerhalb der Gesellschaft an Vertrauen in die staatlichen Stellen. Ebenso ist eine Kultur der Achtung staatlicher Gesetze und Rechtsinstitutionen kaum ausgeprägt.

Um das Ansehen der staatlichen Institutionen zu verbessern, engagiert sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seit 2003 im Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaats auf der Grundlage eines formalen staatlichen Justizsystems. Fachkräfte der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH beraten die Politik und unterstützen sie bei der Entwicklung einer nationalen Justizsektorstrategie. Darüber hinaus führen sie Fortbildungen durch - etwa für Polizisten und Verwaltungspersonal, leisten kostenlose Rechtshilfe, unterstützen zivile Streitschlichtungsstellen, bauen ein Netzwerk von jungen Juristinnen auf, wirken in Universitäten hinein, erstellen Handreichungen und Fortbildungsmaterialien für Justiz und Polizei. Aber auch die Bevölkerung gehört zur Zielgruppe des Programms „Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan“. Anhand von Informationskampagnen über Bürgerrechte und Polizeipflichten soll das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei erhöht werden. Parallel dazu erlernen Polizistinnen und Polizisten rechtsstaatliche Verhaltensre-



Dass die Polizei auch Freund und Helfer sein kann, ist vielen Afghaninnen und Afghanen unbekannt. Mit Aufklärungs- und Informationsarbeit konnte dies verbessert werden. Foto: GIZ

geln. Zudem werden „Runde Tische“ mit der örtlichen Polizeiführung und Vertretern der Gemeinden im Distrikt organisiert. Frauen werden zum Beispiel gezielt auf Schwierigkeiten im familiären Umfeld und andere Themen angesprochen.

In enger Kooperation mit Akteuren der Zivilgesellschaft – beispielsweise mit dem Netzwerk *Afghan Civil Society Forum Organization (ACSFo)* – hat die GIZ zudem das so genannte „Community Policing“ in Nordafghanistan initiiert. Es soll das Verhältnis der Bevölkerung zu Polizei und Gemeindeverwaltung verbessern. Nachbarschaftsgruppen und Gremien, Bürgervertreter sowie Polizistinnen und Polizisten werden durch Workshops und Trainings unterstützt, miteinander für Frieden und Gerechtigkeit einzutreten.

Die bisherigen Erfahrungen in einigen Distrikten zeigen, dass dieser Ansatz die Gewalt verringert und die Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung, Polizei und Verwaltung deutlich verbessert. Um die Wirkung des „Community Policing“ zu messen, hat ACSFo im August 2010 und im Mai 2011 Umfragen in Balkh und Samangan durchgeführt. Im Vergleich kann festgestellt werden, dass die Rolle der Polizei umfangreicher ver-

standen wird als zuvor. So waren im Jahr 2010 lediglich 14 Prozent der Befragten der Meinung, die Polizei sei neben der Sorge um Sicherheit auch für die Prävention und die Lösung von Kriminalfällen zuständig sowie Hüter der öffentlichen Ordnung und Entwicklung der Gemeinschaft. Im Jahr 2011 waren es schon 35 Prozent. Insgesamt zeigte sich die Bevölkerung bei der zweiten Erhebung wesentlich zufriedener mit der Arbeit der Polizei: Während im Jahr 2010 nur 59 Prozent mit der Arbeit der Polizei zufrieden waren, sind es im Jahre 2011 bereits 73 Prozent. Auch bei Fragen nach den Rechten und Pflichten der Polizei zeigten sich die Befragten erheblich besser informiert. Verneinten 2010 insgesamt 78 Prozent die Frage nach der Legitimation von Foltermethoden bei Vernehmungen, waren es neun Monate später bereits 93 Prozent. Auch die Akzeptanz weiblicher Polizisten bei den Befragten hat sich in diesem Zeitraum von 30 auf 60 Prozent verdoppelt.

Aufgrund dieser positiven Wirkungen sollen die Maßnahmen rund um das „Community Policing“ ausgebaut und in mehr als 60 Distrikten in sechs Nord-Provinzen eingeführt werden.



Podiumsdiskussion mit (von links) André Kahlmeyer/GIZ, Jan-Peter Hartung, Marwan Abou Taam und Mathias Rohe. Foto: GIZ

Den Islam besser verstehen

Vorträge in Kabul setzen sich mit Religion, Recht und Konflikt auseinander

„Wir müssen den Islam besser verstehen und in die deutsch-afghanische Zusammenarbeit einbeziehen“. Mit diesen einleitenden Worten eröffnete der deutsche Botschafter Rüdiger König Anfang Juni den Workshop „Facetten des Islams: Religion, Recht und Konflikt“, den das Rechtsstaatlichkeitsprogramm in Kabul veranstaltet hat.

Als Referenten hatte das Projektteam die internationalen Experten Dr. Marwan Abou-Taam (LKA Mainz), Prof. Dr. Mathias Rohe (Uni Erlangen) und Ass.-Prof. Dr. Jan-Peter Hartung (London) gewinnen können. Ziel der Veranstaltung war es, den Fachkräften der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ein besseres Verständnis des Islam zu vermitteln sowie Religion auch als Chance für die Entwicklung Afghanistans anzuerkennen.

„Recht“, so Dr. Marwan Abou-Taam, „ist immer religiös tradiert. In Europa wie in Afghanistan.“ In der christlichen wie in der islamischen Welt sei Gott als Richter ausschlaggebend, beide basierten auf der Suche nach Gerechtigkeit. Hier wie dort wurde das gottgegebene Recht jedoch in Laufe der Jahrhunderte von weltlichen Herrschern interpretiert und angewandt – meist geleitet von den eigenen machtpolitischen Interessen. Dies erkläre auch die unterschiedliche Auslegung der Sharia, der Zusammenfassung von Pflichten und Verboten, die im Islam das Leben des Einzelnen und der

Gemeinschaft prägen. Rechtsgelehrte in Saudi-Arabien würden manche Gebote und Verbote beispielsweise ganz anders auslegen als ihre Kollegen in Tunesien oder Marokko. „Mit dem Koran“, so ergänzte Dr. Mathias Rohe, „kann eine Liberalisierung durchaus begründet werden.“ In Afghanistan etwa würden Frauen häufig nicht einmal die ihnen im Koran zugestandenen Rechte in Anspruch nehmen können. Auch häusliche Gewalt sei unislamisch. „Bei diesem Thema stößt man auch bei sehr konservativen Gelehrten auf offene Ohren“, sagte Rohe. Der Islam und das islamische Recht würden durchaus emanzipatorisches Potenzial besitzen, insbesondere im Bereich der Korruptionsbekämpfung und sogar mancher Frauenrechte. Rohe wies daraufhin, dass in Afghanistan ein großer Pragmatismus vorherrsche. Beispielsweise spielten beim Thema Landbesitz weder der Islam noch Stammesrechte eine Rolle. „Alle wollen eine vertragliche Lösung“.

Extremismus, wie etwa von den Taliban praktiziert, sei dagegen machtpolitisch motiviert. „Bei einer Radikalisierung“, so Dr. Marwan Abou-Taam, „stehen immer gruppendynamische Prozesse im Zentrum. Ideologien sind dabei sekundär.“ Dementsprechend seien auch die Argumente der Taliban-Führer interessensgeleitet – mal religiös, mal politisch.

Rechtsberatung

Kostenlose Beratung für Arme

Die vom BMZ im Rahmen des Rechtsstaatlichkeitsprogramms finanzierte kostenlose Rechtsberatung für mittellose und marginalisierte Bevölkerungsteile – meist Frauen, elternlose Jugendliche und inhaftierte Männer – soll in den Nordprovinzen weiter ausgebaut werden. Außerdem ist vorgesehen, das bislang noch inaktive Aufsichtsgremium zur landesweiten Qualitätssicherung der Rechtsberatung zunächst für ein Jahr zu unterstützen, um dessen Arbeit zu professionalisieren. Das Gremium soll bestehende Lücken in der Rechtsberatung erkennen und schließen. Längerfristig soll der gesamten Bevölkerung kostenlose Rechtsberatung angeboten werden, und zwar auf einem deutlich verbesserten, vereinheitlichten Qualitätsniveau.

Damit folgt die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit den Empfehlungen einer von Deutschland und der EU finanzierten Studie, die ausführlich die Probleme der Rechtsberatung für Arme in den vier nördlichen Provinzen Badakhshan, Balkh, Takhar und Samangan behandelt. Das Papier wurde Ende April in Kabul zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der afghanischen Regierung, von internationalen Organisationen, Botschaften, der Anwaltschaft und der Zivilgesellschaft vorgestellt.

Große Freude bei Tausenden von Menschen in Badakhshan

Kleinwasserkraftwerk in Nalan hat den Betrieb aufgenommen

Mitte März ging das Kleinwasserkraftwerk Nalan (125 kW) im Distriktzentrum von Yaftal-e Sofle in Betrieb, und der lokale Strombetreiber schloss „Dorf für Dorf“ an das neue Stromnetz an. Bei den 5.600 Nutzern löste dies große Freude aus. Bereits einige Monate zuvor konnte das 14 Kilometer entfernte Schwesterkraftwerk in Farghambol (280 kW) in Betrieb genommen werden. Seit der Netzausbau im April abgeschlossen worden ist, nutzen dort weitere 12.800 Einwohner nachhaltig erzeugten Strom. Zuletzt wurde „Bazaar Irtifaq“, ein sowohl von Tadschiken als auch von Usbeken genutzter Markttort, an das Stromnetz angeschlossen. Die anwesenden Geschäftsleute hatten an jenem Tag ein spontanes Fest ausgerufen, dem sich die Dorfgemeinschaft anschloss.

Zu einem späteren Zeitpunkt soll der Zusammenschluss beider Anlagen in einem Verbundkraftwerk ermöglicht werden. Dann können durch das Kraftwerk mehr als 25.000 Menschen mit Strom versorgt werden. Voraussetzung für ein Zusammenschalten ist jedoch ein besseres Verhältnis zwischen den usbekisch und tadschikisch geprägten Dörfern des Gebiets. Die bis 2008 nur mit dem Esel erreichbaren Gebiete sind inzwischen durch eine Landstraße mit der Außenwelt verbunden. Seitdem der Zugang zu den Dörfern erleichtert worden ist, entwickeln sich dort kleine Unternehmen entlang der Straße in den Orten und im Bazaar Irtifaq deutlich besser. Mittels konfliktensibler Planung wurde bei Straßenbau und Elektrizitätsversorgung darauf geachtet, dass beide Volksgruppen an einer nachhaltigen Entwicklung teilhaben und kein Gebiet vom anderen abhängig wird. Gleichzeitig wird die Kooperation der beiden Gruppen gefördert.

Der gemeinsame Bau der Straße und die nun hergestellte Stromversorgung tragen nicht nur positiv zur Wirtschaftsentwicklung der Region bei, sondern fördern auch die Ver-



Ingenieur Najibullah Nazie von der GIZ hat den Bau in Nalan als Experte begleitet. Foto: GIZ

söhnung zwischen den Volksgruppen. War es zu Beginn der Projekte „undenkbar“, dass die Kraftwerke zusammengeschaltet werden, diskutieren die Ältestenräte nun die Vorteile eines Verbundkraftwerkes: „Mehr Leute könnten ans Netz angeschlossen werden - in beiden Gebieten“, sagt einer der Ältesten.

Diese Effekte, von denen insbesondere Frauen, aber auch öffentliche Einrichtungen und Kleingewerbetreibende profitieren, werden durch das BMZ-Programm „Erneuerbare Energien in ländlichen Regionen Afghanistans“ (*Renewable Energy Supply in Rural Areas - ESRA*) verstärkt, das von der GIZ umgesetzt wird. Dabei werden unter anderem Männer und Frauen fortgebildet, damit sie den sicheren und effizienten Umgang mit elektrischer Energie beherrschen. Die Fortbildungen bieten ESRA auch die Möglichkeit, mit den in ländlichen Regionen oftmals isolierten Frauen direkt ins Gespräch zu kommen und ihre Rolle in der Gesellschaft zu stärken.

Neben den Haushalten sind die Gewerbetreibenden die zweite wichtige Zielgruppe. Sie können jetzt mit einer preiswerten und zuverlässigen Stromversorgung Maschinen betreiben: 24 Stunden lang haben sie eine Spannung von 400 Volt auf der Leitung und zahlen lediglich

acht Cent pro Kilowattstunde. Durch den verstärkten Einsatz von Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten steigt der Verbrauch jährlich um etwa 20 Prozent (Referenzen aus vergleichbaren Netzwerken in Badakhshan).

In den Fortbildungen werden neben praktischen Hilfestellungen auch Hintergründe zum Betreibermodell vermittelt. Dies hat dazu geführt, dass die Zahlungsmoral der Stromabnehmer deutlich besser geworden ist. Inzwischen existiert ein Bewusstsein, dass die Dorfgemeinschaft von gutem und verantwortungsvollem Management profitiert.

Bei einem Besuch von Entwicklungsminister Dirk Niebel Ende März bestätigte der Vorsitzende der Distriktverwaltung Dr. Mohammed Mustafa: „Seit wir diese Versorgung bereitstellen können, kommen die Menschen mit ihren Sorgen und Wünschen wieder zu uns. Sie trauen uns jetzt zu, dass wir ihnen helfen können. Wir nehmen diese Rolle gerne an.“ Ländliche Elektrifizierung könne in Afghanistan „mehr als Licht machen“, sie trage auch zum Aufbau und zur Akzeptanz der öffentlichen Verwaltung bei. So leiste ländliche Elektrifizierung auch einen Beitrag zu verbesserter Regierungsführung und Stabilität.

(Fortsetzung nächste Seite)

Computer-Labore eingerichtet

Schulungen für 300 Lehrkräfte und Dozenten in den Nordprovinzen

An den vom BMZ finanzierten Lehrerausbildungsstätten in Nord-Afghanistan werden jetzt auch Computerschulungen angeboten. In Balkh, Sar-e Pol, Kunduz, Takhar und Badakhshan sind im Rahmen des Grundbildungsprogramms (*Basic Education Programme Afghanistan - BEPA*) im Mai IT-Räume ausgestattet worden. Damit verfügen die Lehrerausbildungsstätten nun über jeweils zehn Computer-Arbeitsplätze, Beamer und Spannungs-Stabilisatoren. Zudem wurden fünf IT-Trainer engagiert, die in den kommenden Monaten insgesamt 300 Teilnehmer ausbilden. Das Angebot richtet sich an die Dozenten der Lehrerausbildungszentren sowie an die Lehrerinnen und Lehrer der angeschlossenen Praxisschulen, an denen die Studentinnen und Studenten des TTC praktische Lehrerfahrung sammeln. Inhaltlich beschäftigen sich die Seminare mit den Einsatzmöglichkeiten des Computers innerhalb der Schulverwaltung und der Unterrichtsplanung. Insgesamt investiert das BMZ hierfür rund 45.000 Euro. Von den Teilnehmern der Kurse wird eine monatliche Gebühr von 100 Afghani (zirka



1,45 Euro) erhoben. Dieses Geld wird gesammelt und am Kursende entweder als Prämie für die besten Teilnehmer ausgegeben oder für die Instandhaltung verwendet.

Im Rahmen des Grundbildungsprogramms sind die GIZ und die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des BMZ seit 2005 in Afghanistan aktiv. In Unterstützung für die afghanischen Partner - das Bildungsministerium in Kabul und die jeweiligen Provinzbehörden - soll für die Lehrerausbildung in Afghanistan eine solide Basis geschaffen werden. So wird allein an den von BEPA betreuten TTC bis 2013 mit 9.000 Absolventinnen und Absolventen jährlich gerechnet.

„Aktives Zuhören“

Seminare zur Friedenserziehung für 160 Lehrkräfte in Mazar-e Sharif

Mit der Übergabe von Zertifikaten ist Mitte Mai die erste Seminarreihe „Friedensförderung und Friedenserziehung“ an der vom BMZ finanzierten Lehrerausbildungsstätte (*Teacher Training College - TTC*) in Mazar-e Sharif abgeschlossen worden. Insgesamt wurden rund 160 Lehrkräfte aus der Umgebung weitergebildet, die die an ihren Schulen neu eingerichteten „Friedensausschüsse“ leiten. Auf dem Seminarprogramm standen unter anderem Methoden zur Analyse von Gewalt und ihrer Eskalationstufen. Zudem übten sich die Teilnehmenden in Methoden des „aktiven Zuhörens“ und der Konfliktanalyse.

Die Lehrerinnen und Lehrer zeigten sich überzeugt, dass sich die Lerninhalte nicht nur in vielen Alltagssituationen wie Beratungsgesprächen und Konflikten als

hilfreich erweisen, sondern vor allem ihrer Arbeit in den „Friedensausschüssen“ dienlich sein werden. Diese Ausschüsse sollen jetzt ihre Arbeit aufnehmen. Erste konkrete Schritte wurden bereits während des Seminars erarbeitet, darunter die Verbesserung der Elternberatung sowie die Lösung von Konflikten innerhalb des Kollegiums, aber auch die Einbeziehung der Nachbarschaft in die Aktivitäten der Schule.

Die Seminare mit jeweils rund 20 Teilnehmenden fanden im Rahmen des BMZ-finanzierten Grundbildungsprogramms BEPA statt. Durchgeführt wurde es in Kooperation mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) und seiner afghanischen Partnerorganisation „Kooperationszentrum für Afghanistan“ (*Cooperation Center for Afghanistan - CCA*) in Mazar-e Sharif.

Fortsetzung von Seite 4

Die beiden Kleinwasserkraftwerke im Yaftal sind Bausteine des Provinz-elektrifizierungskonzeptes für Badakhshan, das ebenfalls mit Hilfe der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit entstanden ist. Dieses sieht eine mittelfristige Elektrifizierung der entlegenen Gebirgsregion primär durch erneuerbare Energien vor. Sechs Kleinwasserkraftwerke mit einer Leistung zwischen 125 bis 480 Kilowatt entstanden bislang. Sie versorgen heute mehr als 60.000 Menschen in der Provinz nachhaltig mit Strom.

*

Die Kraftwerke wurden durch das BMZ über das Programm „Ausbau von Basisinfrastruktur und Schaffung von Einkommen in ländlichen Regionen (Nord-Afghanistan) in Afghanistan“ finanziert und durch ESRA umgesetzt. Der vorausgehende Ausbau der Landstraße fand im Rahmen des Programms Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe statt. Alle drei Programme werden von der GIZ durchgeführt.



Ein Mann trägt Anschauungsmaterial für die ESRA-Schulungen. Foto: GIZ

Den besonderen Moment festhalten

Künstlerin Rada Akbar ermutigt Frauen, durch Kunst einen Beitrag zur Entwicklung zu leisten

Ein alter Mann mit einnehmendem Lächeln. Zwei Kinder beim Springen in eine Pfütze, in der sich gerade noch eine Kriegsruine widerspiegelt. Eine alte Frau mit unzähligen Falten im Gesicht. Ein Mädchen, das verschmitzt von ihren Hausaufgaben aufblickt. Die Motive sind großformatig, meist schwarz-weiß. Weit entfernt von der Kriegsberichterstattung fängt Rada Akbar jenen besonderen Moment ein, der den Betrachtern eine jeweils andere Geschichte zu erzählen vermag.



Rada Akbar Foto: GIZ

Rada Akbar hat 2004 ihr Studium der Künste beendet. Die 25-Jährige hat bisher für unterschiedliche internationale Ausstellungen gemalt, fotografiert und daneben zwei Dokumentarfilme gedreht, die das meist harte Leben afghanischer Frauen beschreiben.

Künstlerin in Afghanistan zu sein, ist eher außergewöhnlich. Doch sie sei von ihrer Familie dazu ermutigt worden – ihr Vater sei ebenfalls Kunstschaffender. Ihre Kunst versetze sie in die Lage, ihrem Volk zu dienen und die Gesellschaft davon zu überzeugen, dass afghanische Frauen künstlerisch tätig und dabei erfolgreich sein können.

Seit Ende Mai ist eine Fotoausstellung von Rada Akbar in der Residenz des deutschen Botschafters, Rüdiger König, in Kabul zu sehen. Dem Botschafter waren die Fotos von Rada Akbar während einer Veranstaltung des Grundbildungs-



Als Motive für ihre Fotografien und Gemälde wählt Rada Akbar vornehmlich Frauen.
Foto: Rada Akbar

vorhabens der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit aufgefallen. Daraufhin hatte er die Idee zu der Fotoausstellung in seiner Residenz.

„Kunst“, betont Rada Akbar, „ist wichtig für die Entwicklung der afghanischen Gesellschaft. Ich möchte zeigen, dass Frauen einen Beitrag leisten können.“ Seit 2006 ist Rada Akbar als Medienbeauftragte der GIZ für das Grundbildungsvorhaben BEPA tätig. Sie wünscht sich mehr berufstätige und unabhängige Frauen und natürlich auch mehr Frauen, die künstlerisch aktiv sind und mit ihrer Kunst an die Öffentlichkeit gehen.

Afghanisches Ministerium will Ratschläge der Zivilgesellschaft ernst nehmen

Gemeinsame Absichtserklärung mit dem „Netzwerk Afghanischer Frauen“ unterschrieben

Ende März haben hochrangige Vertreter des afghanischen Frauenministeriums und der Nichtregierungsorganisation „Netzwerk Afghanischer Frauen“ (Afghan Women's Network – AWN) eine Absichtserklärung unterzeichnet. Darin verpflichtet sich das Netzwerk, das Ministerium beim Austausch mit den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Interessensgruppen zu unterstützen und es für deren Programme und For-

derungen zu sensibilisieren. Das Ministerium seinerseits erklärt sich bereit, die Empfehlungen der Zivilgesellschaft bei der Gesetzgebung, politischen Entscheidungen und der Programmgestaltung zu berücksichtigen.

Die gemeinsame Absichtserklärung soll dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der afghanischen Zivilgesellschaft zu stärken. „Jedes Ministerium, ob für Bildung, Gesundheit,

Wirtschaft oder anderes, ist angehalten, seinen Beitrag zu leisten“, sagte die afghanische Frauenministerin Dr. Husun Bano Ghaznafar anlässlich der Unterzeichnung. „Ohne ihre Beteiligung ist die Stärkung der Frauen nahezu unmöglich.“

Unterstützt wurde die gemeinsame Absichtserklärung auch durch das sogenannte Gender Mainstreaming-Programm, das die GIZ im Auftrag des BMZ durchführt.

„Die sind plötzlich so nett“

Fortbildung für Gynäkologinnen und Hebammen zum Umgang mit misshandelten Frauen

Eine Frau zu sein ist in Afghanistan häufig kein Vergnügen. Hunderttausende der zirka 13 Millionen weiblichen Einwohner werden regelmäßig misshandelt. Die Organisation Womankind Worldwide gibt an, dass, 60 Prozent der Ehen erzwungen seien. Zwar ist die Anzahl der Kinderheiraten stark zurückgegangen: von mehr als 10 Prozent der Eheschließungen auf rund drei Prozent 2007/08. Doch sind laut Womankind Worldwide immer noch 80 Prozent der afghanischen Frauen von häuslicher Gewalt betroffen.

Nur wenigen gelingt es, vor ihren Peinigern in eines der inzwischen vierzehn Frauenhäuser im Land zu flüchten. Diejenigen, die diesen Schritt wagen, werden zunächst ins Krankenhaus gebracht und untersucht: Opfer familiärer Gewalt werden stets auf Krankheiten, Verletzungen, Schwangerschaft und Jungfräulichkeit untersucht. Manche Verletzungen müssen gleich behandelt werden, alles wird jedoch registriert, um Beweise zu sichern und nachzuweisen, dass den Frauen die Verletzungen nicht nachträglich zugefügt wurden.

Um Korruption vorzubeugen, erkennen die Gerichte nur die Untersuchungsergebnisse staatlicher Krankenhäuser an. Deshalb wenden sich Mitarbeiterinnen wie Bewohnerinnen des von der afghanischen Nichtregierungsorganisation *Cooperation Center for Afghanistan (CCA)* in Mazar-e Sharif betriebenen Frauenhauses in solchen Angelegenheiten immer an das staatliche Balkh Krankenhaus. Dort warten sie oft stundenlang. Die Untersuchungen werden hinausgezögert, der Umgangston ist grob und herablassend. Durch Sätze wie: „Du bist eine schlechte Frau. Warum bist Du weggelaufen?“ fühlen sich die Opfer familiärer Gewalt häufig erneut gedemütigt. Ihre Berichte werden angezweifelt: „Niemand kann eine Frau vergewaltigen, wenn sie nicht mitmacht.“ Oft werden die



Misshandelte Frauen werden selbst bei der medizinischen Versorgung oftmals noch diskriminiert. Foto: GIZ

misshandelten Frauen noch einmal grob angefasst, rumgeschubst, erklärt wird ihnen nichts. Auch die Sozialarbeiterinnen bekommen einiges zu hören: „Warum kümmerst Du Dich um solche Frauen?“ und „Warum suchst Du Dir keine ordentliche Arbeit?“ heißt es dann. Mit finanzieller Unterstützung durch den Kleinprojektfonds der schwedischen Nichtregierungsorganisation „*Swedish Committee for Afghanistan*“ haben die Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes (ZFD), Endy Hagen, und ihre Kolleginnen von CCA in Mazar-e Sharif im vergangenen Jahr eine Fortbildung für Mitarbeiterinnen des Balkh Krankenhauses entwickelt. Im November 2010 wurden 60 Gynäkologinnen und Hebammen fortgebildet. Unter dem Titel „Medizinische Versorgung für Opfer familiärer Gewalt“ diskutierten die Medizinerinnen ihre Rechte und Pflichten und sprachen über Menschen- und Frauenrechte. Sie diskutierten, was bei der Untersuchung von Gewaltopfern zu beachten ist, und entwarfen ein Berichtsfeld, in dem diese Erfordernisse berücksichtigt werden.

Das Gelernte wurde praktisch im Rollenspiel erprobt, so auch die notwendige Konfliktanalyse: „Diese Frau muss sofort behandelt werden“, sagt die Sozialarbeiterin und die Ärztin antwortet: „Für so etwas

habe ich jetzt keine Zeit“. Derweil versucht das Opfer sich der Untersuchung zu entziehen.

„Wer verfolgt hier nun welches Interesse? Und warum?“ fragte Nabila Samadi, Einheimische Fachkraft des ZFD bei CCA Mazar, die Medizinerinnen. „Wer ist noch an dem Konflikt beteiligt? Ist jemand an dem Konflikt beteiligt, ohne selbst anwesend zu sein?“ Mit verschiedenen Methoden analysierten die Medizinerinnen die Situation. Dabei lernten sie nicht nur den Umgang mit

Werkzeugen der Konflikttransformation, sondern zugleich viel über sich selbst sowie die Beweggründe und Ängste anderer. Sie entdeckten die besondere Bedeutung von Kommunikation in diesen Situationen und erarbeiteten Gesprächstechniken, die ihnen ihre verantwortungsvolle Arbeit erleichtern können. Ergänzt wurde der Workshop durch einen Beitrag des Psychologie-Dozenten Assadullah Zia von der Balkh Universität. Er sprach über die psychologischen Folgen familiärer Gewalt für die Opfer, aber auch für die Angehörigen.

Die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen waren durchweg positiv, und einige Ärztinnen, die selbst in der Ausbildung aktiv sind, kündigten an, das Gelernte in ihre eigenen Kurse aufnehmen zu wollen. Die partizipativen Trainingsmethoden, obwohl für die Teilnehmenden zunächst ungewohnt, kamen gut an. „Menschenrechtsthemen wie das ‚Recht auf körperliche Unversehrtheit‘ oder ‚Gleichberechtigung‘ mit Knete darzustellen, war zunächst eine Herausforderung. Doch dann habe ich gemerkt, dass ich damit vieles ausdrücken konnte, wofür ich tausend Worte gebraucht und vielleicht gar keine gefunden hätte“, berichtete Dr. Zahra im Anschluss.

(Fortsetzung nächste Seite)

Fortsetzung von Seite 7

Trotzdem blieb zunächst ungewiss, inwieweit das Training Wirkung zeigen würde. Die Vorstellung, „solche“ Frauen seien schlecht und minderwertig, selbstsüchtig, promisk oder gar Prostituierte, sitzt tief in Afghanistan. Wer freundlich zu ihnen ist, wer ihnen hilft, wird schnell verdächtigt, auch „so eine“ zu sein, und kann selbst in Gefahr geraten. Auch ob die während des Trainings entworfenen Berichtsformulare von den Ärzten verwendet würden, blieb vorerst unklar.

Es dauerte einige Wochen, dann kam die Rückmeldung: Die CCA-Mitarbeiterin Zohra Hussaini, die nicht in die Trainings eingebunden gewesen war und aufgrund unterschiedlicher Arbeitszeiten nur selten Kontakt zu den CCA-Sozialarbeiterinnen hat, zeigte sich erstaunt: „Ich war in den letzten drei Wochen mehrmals mit unseren Frauen im Balkh Krankenhaus. Die sind plötzlich so nett!“

Veränderungen innerhalb der kriegsgebeutelten und konfliktbehafteten afghanischen Gesellschaft herbeizuführen, stellt eine große Herausforderung dar, die einen langen Atem erfordert. Kleine Schritte aber können durchaus große Wirkung haben. Nicht sofort und nicht für alle. Die Opfer familiärer Gewalt aber, die Zuflucht im Frauenhaus von CCA suchen, werden zumindest im örtlichen Krankenhaus wieder mit Würde behandelt.



14 behinderte Mädchen werden innerhalb von drei Monaten dazu befähigt, Mobiltelefone zu reparieren. Sie erhalten eine Basisausbildung, um sich ein eigenes Einkommen zu sichern. Foto: GIZ

Ausweg aus der Arbeitslosigkeit

BMZ unterstützt berufliche Bildung für behinderte Menschen

Konzentriert beugt sich Selima über ein Mobiltelefon. Das Gerät ist halb zerlegt, und Selima will es kaum gelingen, das kleine Kabel an der winzigen Diode zu befestigen. Doch sie gibt nicht auf. Selima ist eines von 14 Mädchen, das seit Mitte April an einem beruflichen Bildungsprojekt der Organisation für afghanische Behinderte AOAD (*Accessibility Organization for Afghan Disabled*) in Kabul teilnimmt. Dreieinhalbmonate lang dauert die Schulung, die die jungen Frauen befähigen soll, Mobiltelefone zu reparieren und damit Geld zu verdienen. Den Angaben der Organisation zufolge erhalten 95 Prozent der behinderten Kinder in Afghanistan aufgrund fehlender behindertengerechter Einrichtungen keine Schulbildung. Den wenigen Ausnahmen droht nach dem Schulabschluss die Arbeitslosigkeit. Es fehlt an staatlicher, oft sogar an familiärer Unterstützung. Behindertenvereine und -organisationen

wie AOAD versuchen deshalb, auch behinderte Menschen in den lokalen Arbeitsmärkten zu integrieren.

52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählt die Organisation, die 2007 von Abdul Khaliq Zazai gegründet worden und in vier Provinzen aktiv ist. In Nangahar, Paktia, Uruzgan und Kabul haben bisher dank verschiedener Geber mehr als 1.000 behinderte Menschen vom AOAD-Engagement profitiert. 80 Prozent davon haben dank der Vermittlung der Organisation eine Arbeitsstelle finden können. Selimas Seminar sowie ein weiteres für 15 junge Männer, die sich in Fernseh- und Computerreparatur ausbilden lassen, werden vom GIZ-Entwicklungsdienst unterstützt, der vom BMZ finanziert wird. Nach Abschluss der non-formalen Ausbildung werden die frischgebackenen Techniker außerdem mit dem notwendigen Werkzeug ausgestattet, um sofort loslegen zu können.

Neues Teppichdesign-Zentrum in Mazar-e Sharif übergeben

Grundlagen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und bessere Arbeitsbedingungen schaffen

In Mazar-e Sharif ist Anfang Juni ein Teppichdesign-Zentrum fertig gestellt und an den lokalen Teppichverband übergeben worden. Im Rahmen des Programms Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (NaWi) sind hier bereits 15 Designer mit Hilfe von modernen Softwareprogrammen ausgebildet worden.

Der Teppichsektor zählte einst zu den wichtigsten wirtschaftlichen Sektoren in Afghanistan. In den vergangenen Jahren ist die Nachfrage nach Teppichen jedoch stark gesunken – unter anderem durch die als altmodisch empfundenen Designs. Zudem werden rund 90 Prozent der in Afghanistan hergestellten Teppiche über Pakistan exportiert und im Ausland als pakistanische Teppiche gehandelt.

Das neue Designzentrum in Mazar-e Sharif soll hier Abhilfe schaffen, das Design sowie die Qualität verbessern und somit die Wettbewerbsfähigkeit des afghanischen Teppichsektors stärken. Weberinnen und Weber lernen in Trainingsmaßnahmen, wie die Wollqualität, insbesondere bei der Waschung, verbessert werden kann. Außerdem werden Teppichhändler geschult, um ihre soziale



Ein modernes Design und eine bessere Qualität soll dem afghanischen Teppich helfen, wieder ein Exportschlager zu werden. Foto: GIZ

Verantwortung in den Betrieben stärker wahrzunehmen. Damit verbessern sich vor allem die Arbeitsbedingungen der Weberinnen.

Im Rahmen des durch das BMZ finanzierte und von der GIZ durchgeführte NaWi-Programms wurden seit Mai 2010 insgesamt 1.872 Arbeitsplätze im Teppichsektor geschaffen. Allein 1.052 Personen, die an Schulungsmaßnahmen in der Wollspinnerei teilnahmen, fanden im An-

schluss daran eine dauerhafte Beschäftigung bei lokalen Teppichproduzenten. Durch das gezielte Training von Frauen konnten Qualität und Quantität der Waren erheblich verbessert werden. In Folge dessen stieg der erzielte Kilopreis der verarbeiteten Wolle um das Doppelte auf einen US-Dollar pro Kilo. Die produzierte Menge konnte um das Vierfache von 0,5 Kilo auf zwei Kilo pro Person und Tag erhöht werden.

Erste Verkaufsmesse in Balkh stößt auf große Zustimmung

55 Unternehmerinnen und Unternehmer vermarkteten ihre Produkte bei der Gewerbeschau

55 afghanische Unternehmerinnen und Unternehmer haben sich Mitte April erstmals auf der Geschäftsmesse „Balkh Business Fair“ in Mazar-e Sharif präsentiert. Die Aussteller kamen aus den Provinzen Balkh, Samangan, Baghlan, Kabul, Nangahar und Herat. Mit 20 Unternehmerinnen war der Frauenanteil erfreulich hoch. Die Messe wurde von der Provinzhandelskammer Balkh und dem von der GIZ durchgeführten Programm Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (NaWi) gemeinsam realisiert.

Die Resonanz von Ausstellern und Besuchern war ausgesprochen posi-

tiv. Zu der feierlichen Eröffnung waren der Vize-Gouverneur von Balkh, der Präsident der Provinzhandelskammer, die stellvertretende Ministerin für Frauenangelegenheiten, der Vorsitzende des Provinzrates sowie der Polizeichef von Balkh gekommen.

Die Unternehmer zeigten sich sehr zufrieden mit dem Umsatz. Durch direkten Verkauf am Stand nahmen sie 34.000 Euro ein, darüber hinaus gingen weitere Verträge und Kaufabsichten in Höhe von etwa 400.000 Euro ein. Die Händler äußerten den Wunsch, fortan jährlich eine solche Messe zu veranstalten, jedoch für

die Dauer einer Woche und auf einer größeren Fläche, um künftig noch mehr Ausstellern Platz zu bieten.

Mit dem NaWi-Programm unterstützt das BMZ seit 2002 die afghanische Regierung bei ihren Reformbemühungen im Wirtschaftsbe- reich. Es gilt, gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen sowie Förderstrukturen für die Privatwirtschaft auf nationaler Ebene in Kabul, aber auch in den nördlichen Provinzen zu entwickeln und zu verbessern. Zudem sollen die Qualität der einheimischen Produkte verbessert und ihre Absatzmöglichkeiten erhöht werden.

Regierungsinstitutionen stärken - Basisinfrastruktur verbessern

Weitere Projekte im Rahmen der Entwicklungsfonds in den Nordprovinzen angeschoben

Nach den Provinzen Kunduz und Balkh haben auch in Takhar und Baghlan die Provinzentwicklungskomitees erste Projekte ausgewählt, die über den Regionalen Kapazitätsentwicklungsfonds (*Regional Capacity Development Fund – RCDF*) oder den Regionalen Infrastrukturentwicklungsfonds (*Regional Infrastructure Development Fund – RIDF*) finanziert werden sollen. Hauptanliegen der Fonds, die Ende 2010 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aufgelegt wurden, ist es, die Entwicklung von Projekten sowie die Prüfung und Entscheidungsfindung auf Distrikt- und Provinzebene – nah bei der Bevölkerung – zu fördern.

Nach den Beratungen Anfang Mai hat das Provinzentwicklungskomitee von Takhar neun Projekte ausgewählt, darunter den Bau einer Schule und eines Gesundheitszentrums. Weiterhin sollen Trainings für die Mitglieder des Provinzentwicklungskomitees durchgeführt werden. Auch der Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes auf dem Gelände des Gouverneursbüros in Taloqan ist vorgesehen. Da das bestehende Hauptgebäude bei einem schweren Anschlag Ende Mai stark beschädigt wurde, ist dieses Projekt nun als dringlich eingestuft worden. All diese Projekte werden über den RCDF gefördert, der von der GIZ betreut wird.

Im Rahmen des RIDF, der von der KfW umgesetzt wird, ist in Takhar bereits im März aufgrund der Dringlichkeit ein Flutschutzprojekt begonnen worden. Das jährlich wiederkehrende Hochwasser hat in der Vergangenheit zu großen wirtschaftlichen Schäden geführt. Insbesondere die Bauern erlitten immer wieder große Einbußen. Als Sofortmaßnahmen wurden innerhalb weniger Tage so genannte Gabionen – mit Steinen gefüllte Drahtkörbe als stützende Elemente – errichtet, um die



Um die anliegenden Häuser und landwirtschaftlichen Flächen vor der alljährlichen Hochwasserflut zu schützen, wurden am Fluss Khanabad Sofortmaßnahmen ergriffen. Fotos: KfW

Häuser und Grundstücke vor der Frühjahrsflut des Khanabad Flusses zu schützen. Dadurch kann kurzfristig die Verbreiterung des Flussbetts während der Regenzeit gestoppt werden. Planung, Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen wurden von der Abteilung für Wassermanagement der Provinzregierung übernommen. Unterstützt wurde sie dabei im Rahmen des RIDF von internationalen Experten. Die Bauarbeiten selbst sind von lokalen Unternehmen ausgeführt worden. Die Sofortmaßnahme hat die Erosion der landwirtschaftlichen Nutz- und Baufläche rund um die Stadt Taloqan deutlich reduzieren und so Schaden von Mensch und Tier abwenden können. Erhöht wurde zeitgleich das Ansehen der lokalen Behörden als Auftraggeber. Das Flutschutzprojekt mit einem Gesamtumfang von 1,6 Millionen Euro wird nach der Regenzeit fortgesetzt und soll vor dem nächsten Hochwasser abgeschlossen sein.

In der Provinz Baghlan wurden die beiden Fonds Mitte Mai dem Gouverneur sowie dem Provinzentwicklungskomitee vorgestellt. Die Prä-

sentation der beiden Regionalfonds stieß auf breite Resonanz. Derzeit arbeiten die antragsberechtigten Institutionen ihre Projektvorschläge aus, um sie beim Provinzentwicklungskomitee einzureichen.

Während in Balkh bereits die ersten Verträge mit Partnerinstitutionen abgeschlossen wurden, fand in der Provinz Badakhshan der erste Vergabeentscheid Anfang Juni statt. Dabei wurde unter anderem der Bau einer Klinik sowie von Straßen und Bewässerungskanälen beschlossen. Seit Mai 2010 hat das BMZ bislang rund 71 Millionen Euro für beide Fonds bereitgestellt, um Projekte zu finanzieren, welche die Qualität und Transparenz der afghanischen Verwaltungen erhöhen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern.

Bis 2013 sollen alle Provinzverwaltungen sowie zwei Drittel der Distriktverwaltungen in Kunduz, Takhar, Balkh, Baghlan und Badakhshan in die Lage versetzt werden, Entwicklungsprojekte selbstständig zu planen, zu steuern und umzusetzen. Die Maßnahmen werden auf Grundlage von Vorschlägen lokaler Gremien und Behörden ausgewählt.

Impressum

Deutsche
Entwicklungszusammenarbeit
c/o Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH

Charahi-e Sedarat
Kabul, Afghanistan

Mail: info@ez-afghanistan.de
Telefon: +93 (0) 777 900 628

Web:
www.bmz.de/afghanistan

Im Auftrag des:



Brücken für die Zukunft Afghanistans

Infrastrukturprojekte für eine bessere Versorgung und Handelswege

Seit Jahrzehnten waren die beiden Dörfer Chawesh und Langar lediglich durch eine alte Holzbrücke miteinander verbunden. Über sie konnten nur Pkw und Fußgänger die tiefe Schlucht überwinden, die Langar von der südlich gelegenen Provinzhauptstadt Faizabad trennt. Flut, starke Regenfälle und Schnee setzten der Brücke immer wieder so sehr zu, dass sie alle vier Jahre repariert werden musste. Die Brücke ist unverzichtbar, stellt sie doch für die Bewohnerinnen und Bewohner Langars und der umliegenden Gemeinden die wichtigste Versorgungsverbindung dar. Seit Mai hat sich die Lage für die 52 Dörfer jenseits der Schlucht erheblich verbessert. Die Fertigstellung einer stabilen Betonbrücke ermöglicht jetzt auch Bussen und Lkw die Überquerung der Schlucht. Mehr als 30.000 Personen profitieren von verbesserten Handels- und Reisemöglichkeiten nach Faizabad, wo sie den Markt, staatliche Stellen oder medizinische Einrichtungen aufsuchen können. Auch in umgekehrter Richtung fördert die Brücke Mobilität und Handel. Selbst entlegene Dörfer müssen nun keine Warenengpässe mehr befürchten und können ihre eigenen Wirtschaftsaktivitäten verstärken.

Gebaut wurde die Brücke auf Initiative der betroffenen Gemeinden mit Mitteln der Bundesregierung und Unterstützung der entwicklungsorientierten Not-

und Übergangshilfe (ENÜH). Das Programm wird von der GIZ durchgeführt. Die Gemeinden profitierten zusätzlich dadurch, dass die Bauarbeiten von lokalen Arbeitskräften verrichtet wurden, welche dadurch ein zusätzliches Einkommen erhielten.

Weitere kleine Infrastrukturprojekte, die ENÜH in Nord-Afghanistan in Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinden umsetzt, sind Trinkwassersysteme, Straßen und Bewässerungskanäle. Die Maßnahmen sollen den Weg für eine längerfristig angelegte Kooperation bereiten und sind gewissermaßen der Grundstein für die Entwicklung des Landes. Allein seit 2007 konnten weit über 500 Kleinprojekte realisiert werden. Auch in der Provinz Kunduz ist ENÜH aktiv. Dort ist in Zusammenarbeit mit dem Amt für ländlichen Wiederaufbau und Entwicklung (*Department for Rural Rehabilitation and Development – DRRD*) jetzt ein Vertrag zum Bau einer Fußgängerbrücke in Distrikt Chahar Darah unterzeichnet worden. Die Brücke wird die beiden durch einen kleinen Fluss getrennten Dörfer Durman und Achmad Zai miteinander verbinden. Die Kooperation soll der Bevölkerung im Distrikt Chahar Darah veranschaulichen, dass die Verwaltung gewillt und in der Lage ist, sich der Belange der Bevölkerung anzunehmen und Entwicklungsbeiträge zu erbringen.



Beim Bau der Brücke zwischen Chawesh und Langar wurden Arbeitskräfte aus den anliegenden Gemeinden beschäftigt, die dadurch ein zusätzliches Einkommen erhielten. Foto: GIZ